

Region auswirken wird. So seien damit Chancen und erhebliche Vorteile für jedes asiatische Land verbunden, und die Wirtschaftsentwicklung Chinas werde Beiträge zum Frieden und zur Entwicklung in Asien leisten.

Als Gründe für die positiven Wirkungen nannte Wen Jiabao: 1) Chinas Entwicklungsstrategie basiere darauf, die Entwicklung, Modernisierung, den Frieden und die Stabilität in Asien zu fördern. Die Komponenten seien dabei „gute Nachbarschaft“, „Frieden mit den Nachbarn“ und „Wohlstand für die Nachbarn“. Chinas Wirtschaftsentwicklung bringe 2) realistische und langfristige Vorteile für jedes asiatische Land, der Markt werde vergrößert und mehr Geschäftsmöglichkeiten würden entstehen. Derzeit liege das jährliche Wachstum der Importe aus den ostasiatischen Ländern doppelt so hoch wie das Wachstum des globalen Handels. In den letzten vier Jahren seit dem Ausbruch der Asienkrise habe die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Importe Chinas aus den ASEAN-Ländern bei 25,7% gelegen. Chinas Direktinvestitionen in diesen Ländern erhöhe sich um 20% pro Jahr. Wen hob auch die Bedeutung der finanziellen Stabilität hervor, die durch den stabilen Wechselkurs der chinesischen Währung unterstützt werde. Weiterhin wirke Chinas schnelle Wirtschaftsentwicklung 3) als Unterstützung des Friedens, insbesondere der regionalen Stabilität. (BBC EF, 7.10.03)

In einer gemeinsamen Erklärung der ASEAN und China, wird nicht nur die Verbesserung der politischen Beziehungen hervorgehoben, sondern auch die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die Kooperation beziehe sich vor allem auf die Bereiche Landwirtschaft, Informations- und Telekommunikationssektor, Entwicklung von Humankapital, Investitionen, und Entwicklung der Mekong-Region. Als wichtigen Schritt der wirtschaftlichen Annäherung wird das im Jahre 2002 abgeschlossene „Framework Agreement on Comprehensive Economic Cooperation between ASEAN and China“ hervorgehoben, mit dem der Prozess der ASEAN-China Free Trade Area und der bilateralen Zusammenarbeit beschleunigt wurde.

In der gemeinsamen Erklärung wird dazu aufgefordert, die Stärken der jeweiligen Märkte zur Geltung kommen zu lassen und die schnelle Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen weiter zu fördern. Ziel sei die Ausweitung des gemeinsamen Handelsvolumens auf rd. 100 Mrd. US\$ bis zum Jahre 2005. Weiterhin sollen die Gespräche über die ASEAN-China Free Trade Area verstärkt werden, um dieses Ziel bis zum Jahre 2010 zu erreichen. Die bisherigen Schwerpunktfelder der wirtschaftlichen Kooperation sollen weiter verfolgt werden.

Im Bereich der Kooperation bei sozialen Fragen weist die Erklärung auf die Zusammenarbeit bei SARS hin und auf die damit verbundene Intensivierung im Bereich öffentliche Gesundheit. Hierfür soll ein spezieller Fonds eingerichtet werden. Darüber hinaus ist eine Stärkung der Kooperation in den Bereichen Wissenschaft und Technologie, Umwelt, Bildung und Kultur vorgesehen. (BBC EF, 8.10.03)

Der Ausweitung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen dient auch der Vorschlag Chinas, im Jahre 2004 in der Stadt Nanjing eine ASEAN EXPO zu organisieren. (BBC EF, 8.10.03)

Binnenwirtschaft

24 Hohes Wirtschaftswachstum bis zum 3. Quartal 2003

Nach einem Bericht des Staatlichen Statistikamtes verzeichnete die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im 3. Quartal zwar die höchste Wachstumsrate seit Jahren, doch könne nicht von einer Überhitzung der Wirtschaft gesprochen werden. Während die Investitionen sehr schnell zugenommen hätten, sei die Preisentwicklung und der private Konsum eher langsam gewachsen. Die konjunkturelle Entwicklung der Wirtschaft mit dem Begriff „überhitzt“ zu belegen, würde die komplexe Situation nicht zufrieden stellend beschreiben.

Nach Einschätzung des Statistikamtes erhole sich die Wirtschaft unerwartet schnell von den negativen Folgen der

SARS-Epidemie. Von der Krankheit waren 5.327 Personen betroffen gewesen; 349 Menschen sind gestorben. Der stellvertretende Direktor des Statistikamtes Qiu Xiaohua geht davon aus, dass durch SARS nur ein Wachstumsrückgang in Höhe von 0,8% zu erwarten sein wird. (XNA, 17.10.03)

Die Staatliche Entwicklungs- und Reformkommission forderte allerdings Maßnahmen, um die überhitzte Entwicklung in einigen Industriebranchen wie Stahl-, Aluminium-, Zement- und Kfz-Industrie abzubremsen. Sollte das nicht geschehen, wären negative Entwicklungen für die Gesamtwirtschaft zu befürchten. In dieser Stellungnahme spiegelt sich die Sorge wider, dass die sehr hohen Investitions- und Outputzuwächse die konjunkturelle Entwicklung destabilisieren könnten. (FT, 24.10.03) Auch Qu Hongbin von der HSBC in Hongkong weist auf die extrem hohen Investitionszuwächse und die überhitzte Nachfrage bei Eisen, Stahl, Kohle, Aluminium, Zink und anderen Rohstoffen hin. (FT, 18./19.10.03) Nach Einschätzung einer Reihe chinesischer und ausländischer Experten wächst Chinas Wirtschaft derzeit sogar noch deutlich schneller als dies die offiziellen Wachstumsraten ausweisen. (FT, 9.10.03)

BIP-WACHSTUM:

Im 3. Quartal lag das BIP-Wachstum bei 9,1% und stellt damit eine drastische Erhöhung gegenüber der 6,7%igen Wachstumsrate bis Juni d.J. dar. Das Staatliche Statistikamt rechnet damit, dass für das gesamte Jahr ein Wachstumstempo von rd. 8,3% erwartet werden kann. In den ersten drei Quartalen lag die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate bereits bei 8,5%.

Regional fiel das Wachstum wiederum unterschiedlich aus. Shanghai lag mit einer Wachstumsrate von 11,9% bis Ende September im Vergleich zu anderen Regionen deutlich vorn.

INDUSTRIELLE ENTWICKLUNG:

Von Januar bis September stieg die industrielle Wertschöpfung um insgesamt 16,5% und lag damit um 4,3 Prozentpunkte höher als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Seit 1995 wurde damit das höchste Wachstum im Industriesektor erzielt.

Tabelle: Wirtschaftsentwicklung bis zum 3. Quartal 2003

	Wachstumsrate
BIP	8,5
Wertschöpfung Primärsektor	2,8
Wertschöpfung Sekundärsektor	11,8
Wertschöpfung Tertiärsektor	5,4
Wertschöpfung Industrie	16,5
- Staatsunternehmen	14,3
- Kollektivunternehmen	11,7
- Joint Ventures	17,9
- Unternehmen aus Hongkong, Taiwan, Macau	19,6
- Schwerindustrie	18,4
- Leichtindustrie	13,9
Investitionen	30,5
- staatliche	31,4
- kollektive, private	27,6
- Immobiliensektor	32,8
Außenhandel	36,2
- Exporte	32,3
- Importe	40,5
Ausländische Direktinvestitionen	
- vertraglich vereinbart	36,0
- realisiert	11,9
- Projektgenehmigungen	18,6
Einzelhandelsumsatz	8,6
- Städte	9,8
- ländliche Gebiete	6,4
Verbraucherpreise	0,7

Quelle: National Bureau of Statistics of China, „The Economic and Social Development in the First Three Quarters“, <http://www.stats.gov.cn>.

Die industrielle Wertschöpfung der staatseigenen Unternehmen und staatlichen Holdingunternehmen nahm um 14,3%, der kollektiveigenen Unternehmen um 11,7%, der Joint Venture um 17,9% und der Unternehmen aus Hongkong, Taiwan und Macau um 19,6% zu. Mit einer Wachstumsrate von 18,4% lag das Entwicklungstempo der Schwerindustrie deutlich höher als das der Leichtindustrie, die einen Zuwachs von 13,9% verzeichnete.

Das Wachstum der industriellen Wertschöpfung wurde vor allem von folgenden Industriezweigen getragen: Elektronische Kommunikationsausrüstungen, elektrische Maschinen und Anlagen, Transport- und Kommunikationseinrichtungen sowie metallurgische und chemische Industrie. Diese trugen 50,7% zum gesamten industriellen Wachstum bei. Zu den Produkten mit hoher Outputentwicklung zählen vor allem Halbleiter und integrierte Schaltkreise (36,4%), Kraftfahrzeuge (35,7%), Rohkohle (16,8%), Energieerzeugung (15,6%), Stahl (21,6%) und Stahlprodukte (19,4%).

Die Industrieunternehmen verzeichneten zwischen Januar und August d.J. einen Gesamtgewinn in Höhe von 501,50 Mrd. RMB (rd. 60,6 Mrd. US\$), dies waren 52,3% mehr als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Auf die staatseigenen Unternehmen und staatlichen Holdingunternehmen entfielen Gewinne von 253,8 Mrd. Yuan (30,7 Mrd. US\$) bzw. ein Zuwachs um 66,6%.

Die Verluste von nicht profitablen Unternehmen beliefen sich auf 79,1 Mrd. RMB, ein Rückgang um 5,3% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres.

INVESTITIONEN, KONSUM UND PREISENTWICKLUNG:

Für die gesamten drei Quartale wird eine Zuwachsrate der Investitionen um 30,5% gemeldet, das sind mehr als 8,7 Prozentpunkte im Vergleich zur Vorjahresperiode. Von den Gesamtinvestitionen in Höhe von 3,43 Billionen RMB entfielen auf den Staatssektor 2,65 Billionen (+31,4%). Die Investitionen des Kollektiv- und des

Privatsektors nahmen um 27,6% zu. Zu den wichtigsten Investitionsbereichen zählten Investitionen in den Kapitalaufbau (*capital construction investment*), die um 29,1% zunahm; Modernisierungsinvestitionen stiegen um 37,2% und Investitionen im Immobiliensektor um 32,8%.

Die Investitionszuwächse scheinen jedoch abzufachen, denn im September wurde eine Zunahme von „nur“ noch 26,5% gemeldet.

Der Einzelhandelsumsatz vergrößerte sich in den ersten drei Quartalen um 8,6% und lag bei 3,27 Billionen RMB (rd. 350 Mrd. US\$). Im 3. Quartal hatte der Anstieg des Einzelhandelsumsatzes bei 9,7% gelegen. In den Städten nahm der Einzelhandelsumsatz um 9,8% zu; vor allem die Verkäufe von Kfz (+77%), Kommunikationsausrüstungen (+74%) und von Baustoffen (+74%) verzeichneten drastische Zunahmen. In den ländlichen Gebieten stieg der Einzelhandelsumsatz um 6,4%.

Im 3. Quartal erhöhte sich das Einkommen der Bauern um 6,5%, nachdem im 2. Quartal noch ein Rückgang von 3,3% verzeichnet worden war. Hintergrund dieser Entwicklung ist nach Einschätzung des Statistikamtes, dass die Bauern nach dem Ende der SARS-Epidemie nunmehr wieder ungehindert in den Städten arbeiten können.

Das Pro-Kopf-Einkommen der städtischen Bevölkerung stieg in den gesamten drei Quartalen um 9% auf 6.347 RMB (744 US\$) und das der Bauern um 3,8% auf 1.802 RMB (220 US\$).

Trotz des hohen Wachstums stiegen die Preise nur sehr langsam. In den ersten drei Quartalen nahmen die Verbraucherpreise um 0,7% zu. Obwohl dies nur eine geringe Inflation ist, scheint sich eine Kehrtwende bei der Preisentwicklung zu vollziehen. Für den Monat September wird sogar eine Zunahme der Verbraucherpreise um 1,1% vermeldet. Während die Preise in den Städten um 0,9% stiegen, erhöhten sie sich auf dem Land sogar um 1,6%. Aufgrund der niedrigen Einkommen der Bauern muss die stärkere Inflation dort besonders negativ beurteilt werden.

AUSSENWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG:

Das gesamte Handelsvolumen bis Ende September belief sich auf 606,3 Mrd. US\$, ein Anstieg um 36,2%. In der Vorjahresperiode hatte die Wachstumsrate bei „lediglich“ 18,3% gelegen. Die Exporte nahmen um 32,3% zu und betrugen 307,7 Mrd. US\$, während die Importe um 40,5% stiegen und einen Wert von 298,6 Mrd. US\$ erreichten.

Der Zustrom von ausländischen Direktinvestitionen hielt auch in den ersten neun Monaten dieses Jahres an. Es wurden 29.539 Investitionsprojekte genehmigt (+18,6%). Das vertraglich vereinbarte Investitionsvolumen erreichte einen Wert von 79,2 Mrd. US\$ (+36%), das realisierte Investitionsvolumen lag bei 40,2 Mrd. US\$ (+11,9%).

Bis Ende September stiegen die Devisenreserven auf 383,9 Mrd. US\$, das waren 97,5 Mrd. US\$ mehr als zum Jahresbeginn. (XNA, 17.10.03; IHT, 18.10.03; AWSJ, 20., 22., 28.10.03; FT, 18./19.10.03; FAZ, 18.10.03; National Bureau of Statistics of China, „The Economic and Social Development in the First Three Quarters“, <http://www.stats.gov.cn>) -schü-

25 „Wiederbelebung“ Nordostchinas: Ehrgeizige Entwicklungspläne

Die im August durch den Besuch von Wen Jiabao in den nordöstlichen Provinzen Heilongjiang und Jilin eingeleitete politische Unterstützung für eine „Wiederbelebung“ der alten Industriestandorte im Nordosten des Landes hat sich inzwischen stärker konkretisiert. So sollen Ende Oktober d.J. rd. 100 Projekte zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung Nordostchinas von der Staatlichen Entwicklungs- und Reformkommission genehmigt worden sein. Das gesamte Investitionsvolumen soll sich nach Angaben der China Central Television auf rd. 61 Mrd. RMB (7,3 Mrd. US\$) belaufen.

Auf die Provinz Liaoning entfällt mit einem Volumen von 44 Mrd. RMB (5,3 Mrd. US\$) bzw. 52 Projekten der Löwenanteil. Die meisten Projekte betreffen die Bereiche Verarbeitung von Ausrüstungen, Rohstoffen und Agrarprodukten. Sie werden in den Großun-

ternehmen der Region umgesetzt, insbesondere den drei großen Schiffbaukonzernen sowie der Dalian Petrochemical Group, der Liaoning Petrochemical Group, der Benxi Iron & Steel Corp. und der Anshan Iron & Steel Corp. Allein die Küstenstadt Dalian wird 17 Projekte realisieren, gegenüber 20 Projekten, die in den Provinzen Heilongjiang und Jilin durchgeführt werden. Die Dalianer Entwicklungs- und Planungskommission kommentierte dies damit, dass die Stadt der Petro- und Schiffbauindustrie Vorrang eingeräumt habe. Alle Projekte sollen in einem Zeitrahmen von drei Jahren fertig gestellt werden.

Für die Realisierung der Projekte werden Bankkredite, Eigenfinanzierung der Unternehmen und ausländische Investitionen herangezogen. Noch vor Ende nächsten Monats soll eine zweite Serie von Projekten für die Förderung Nordostchinas verabschiedet werden.

Während seiner Reise in die nordostchinesischen Provinzen im August d.J. hatte Wen Jiabao die Unterstützung der Zentralregierung für die Anpassung der Wirtschaftsstrukturen und der technologischen Erneuerung der Region angekündigt. Nach Einschätzung von Wen könnte Nordostchina in eine Industrieregion mit Weltklasseniveau in den Bereichen Industrieausrüstungen und Rohstoffverarbeitung umgewandelt werden.

Aus Sicht chinesischer Experten besteht allerdings die Gefahr, dass die von der Regierung unterstützten Programme eine Investitionswelle mit der Durchführung unnötiger Projekte auslösen könnte. Nach Lin Yifu, Direktor des China Economic Research Centre an der Universität Beijing, sollten die Lokalbehörden in den Provinzen nicht dazu ermutigt werden, die Unternehmen zu einer „blinden“ Investitionsaktivität aufzurufen. Vielmehr sollte die Regierung dazu beitragen, dass ein fairer Wettbewerb geschaffen und dieser rechtlich abgesichert wird. (http://www.chinadaily.com.cn/en/doc/2003-10/31/content_277339.htm)

Im Zentrum der „Wiederbelebung“ Nordostchinas wird sicherlich die Reform der Staatsunternehmen stehen müssen. Diese gelten vielfach als ineffizient und werden durch Eingriffe der Lokalregierung beeinflusst. Auch

gibt es im Nordosten eine höhere Zahl von Militärunternehmen, die umstrukturiert werden müssten.

Die Provinz Heilongjiang hat inzwischen eine Planung vorgelegt, wie dies geschehen soll. So wurde zunächst eine Arbeitsgruppe gegründet, die Richtlinien für die Reform in den rd. 400 Staatsunternehmen der Provinz festlegen soll. Weiterhin hat die Provinzregierung damit begonnen, ihre Kapitalanteile an den Staatsunternehmen zu reduzieren.

Auch in der Provinz Liaoning wurde mit der Privatisierung von Kapitalanteilen an Staatsunternehmen, die sich im Besitz der Provinz befinden, begonnen. So sollen beispielsweise die Aktien von neun börsennotierten Unternehmen der Stadt Shenyang transferiert worden sein [wie und an wen, das wurde nicht erwähnt].

Die Region Nordostchina, die zu den wichtigsten schwerindustriellen Zentren und wichtigsten Industriestandorten bis Ende der 70er Jahre zählte, hat im Verlauf der Wirtschaftsreform ihre Position einbüßen müssen. Der Anteil der Region am nationalen Industrieoutput beläuft sich derzeit nur noch auf 9% von rd. 17% zu Reformbeginn. (http://www.chinadaily.com.cn/doc/2003-10/13/content_271628.htm)

Der Liaoning Provinzgouverneur Bo Xilai zeigt sich optimistisch hinsichtlich der Zukunftsaussichten für seine Provinz. Es sei mit enormen Veränderungen innerhalb der kommenden fünf Jahre zu rechnen. Zu den Herausforderungen zählten die Reduzierung der Arbeitslosigkeit, der Aufbau von Schlüsselindustrien, die Erhöhung der ausländischen und privaten Investitionen, die Anhebung der fiskalischen Einnahmen und die Verbesserung der städtischen Infrastrukturen. Zu den Stärken der Provinz gehörten Bo zufolge die solide industrielle Technologiebasis sowie die herausragende Stellung der Provinz in den Bereichen Wissenschaft, Bildung und Transport. Bo kündigte die Beschleunigung der Reform der Staatsunternehmen an, insbesondere die Privatisierung von mittleren und kleinen Unternehmen sowie die Einführung des Aktiensystems und die stärkere Kooperation mit ausländischen Investoren. (http://www1.chinadaily.com.cn/doc/2003-10/13/content_271628.htm)

com.cn/en/doc/2003-10/01/conten_269019.htm)

Der bisherige Reformprozess hat viele Verlierer in der Provinz gehabt. So wurden bisher nach Angaben von Bo drei Millionen Arbeitskräfte freigesetzt und fast 500 Unternehmen mit einem Schuldenberg von rd. 10 Mrd. US\$ geschlossen. Bis zum Jahr 2007 müssten in der Provinz jährlich 700.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. (AWSJ, 8.10.03)

Im Rahmen der ehrgeizigen Pläne für die kommenden Jahre will die Hauptstadt der Provinz, Shenyang, nicht nur das Finanzzentrum Nordostchinas, sondern gleich von Nordostasien werden. Die Shenyanger Lokalregierung plant in diesem Zusammenhang den Bau von rd. 60 Hochhäusern, ein „Oriental Manhattan“. Das Finanzzentrum soll in der „Financial and Trade Development Zone“ der Stadt angesiedelt werden. Hierfür werden Investitionen in Höhe von rd. 20 Mrd. RMB (2,4 Mrd. US\$) erforderlich sein. Die Stadt vergleicht sich bereits mit dem Finanzzentrum der Stadt Shanghai (Shanghai Lujiazui Finance and Trade Zone). (<http://www.china.org.cn/english/2003/Aug/73861.htm>)

Das politische Interesse am Nordosten spiegelt sich auch im Besuch von Vize-Ministerpräsident Zeng Qinghong in der Provinz Liaoning Ende Oktober wider. Zeng reiste in die Städte Anshan, Liaoyang, Fushun und Shenyang und besuchte eine Reihe Staatsunternehmen und Privatunternehmen vor Ort. Im Mittelpunkt der Diskussion stand auch bei diesem Besuch die Frage, wie die Wirtschaft dieser Städte „wiederbelebt“ werden kann. (http://english.peopledaily.com.cn/200310/25/eng20031025_126808.shtml) -schü-

26 ZK-Plenartagung ohne deutliches Signal für die rechtliche Absicherung privater Eigentumsrechte

Trotz der Zusage, die wirtschaftliche Transformation in den nächsten Jahren weiter zu beschleunigen, warteten die in- und ausländischen Beobachter der ZK-Plenartagung im Oktober d.J. vergebens auf die Absichtserklärung, dass die KPCh den Schutz privater Eigentumsrechte in die Ver-

fassung einbringen wird. Ob die Partei bis zur NVK-Tagung im Frühjahr nächsten Jahres in dieser Frage neu entscheiden wird, ist kaum vorstellbar. Obwohl ein expliziter Schutz des Staatseigentums in der Verfassung garantiert wird, käme ein vergleichbarer Zusatz für private Eigentumsrechte der tatsächlichen Gleichstellung des Privatsektors nahe. Dies ist offensichtlich mit dem ideologischen Selbstverständnis noch nicht vereinbar. Fraglich ist jedoch, ob ohne einen expliziten Schutz privater Eigentumsrechte die negativen Wirkungen wie bürokratische Übergriffe auf Privatunternehmen und Kapitalflucht gestoppt werden können.

Die am Ende der ZK-Plenartagung verabschiedete „Central Committee Decision on Several Issues Related to Perfecting the Socialist Market Economic System“ (im Folgenden „Entscheidung“) enthält lediglich die Fortschreibung der bisherigen Situation im Bereich der Eigentumsrechte. So wird in der „Entscheidung“ (im Abschnitt 3 zur Beschreibung der Situation und der „Mission“) darauf verwiesen, dass das System einer sozialistischen Marktwirtschaft im Wesentlichen aufgebaut sei. Dies sei ein System mit öffentlichem Eigentum als der wichtigsten Eigentumsform, das aber auch andere Eigentumsformen erlaubt. Zu den Zielen wird die Perfektionierung des Systems der sozialistischen Marktwirtschaft gezählt, mit dem öffentlichen Eigentum als Hauptform sowie gleichzeitig mit anderen Eigentumsformen.

Im Abschnitt 4 (Förderung verschiedener Formen des öffentlichen Eigentums) wird nochmals auf das öffentliche Eigentum als der wichtigsten Eigentumsform hingewiesen. Die anleitende Funktion der Rolle des Staatssektors sollte der „Entscheidung“ zufolge weiter in Spiel gebracht und die Vitalität der öffentlichen Wirtschaft gestärkt werden. Ob die Kapitalanteile in Unternehmen staatlich kontrolliert sein sollen oder nicht, sollte nicht allgemein, sondern flexibel entschieden werden. Auch müssten staatseigene Unternehmen sich einem fairen Wettbewerb und dem Prinzip des „survival of the fittest“ stellen.

In der „Entscheidung“ wird auch wieder über die verschiedenen Maßnah-

men zur Reform der Staatsunternehmen eingegangen. Dazu gehört das Konzept der Reorganisation und strukturellen Anpassung der Unternehmen, die Bildung großer Unternehmenskonzerne bzw. Unternehmensgruppen mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Kleine und mittelgroße Staatsunternehmen könnten dagegen privatisiert werden. Gleichzeitig fordert die „Entscheidung“, dass die nichtstaatliche Wirtschaft gefördert wird und durch Richtlinien gelenkt wird. Hierzu zählt die Unterstützung für kleine und mittlere private Unternehmen sowie Ermutigung von Privatunternehmen, die expandieren wollen. Gesetze und Bestimmungen, die die Entwicklung der nichtstaatlichen Wirtschaft behinderten, sollten überarbeitet werden, der Zugang zu Märkten für diese Unternehmen erleichtert und nichtstaatliches Kapital auch in den Bereichen Infrastruktur und öffentliche Einrichtungen zugelassen werden.

Dass die Struktur der Eigentumsrechte eine zentrale Rolle für die Wirtschaftsentwicklung spielt, wird im Abschnitt 6 der „Entscheidung“ (Aufbau eines modernen Eigentumssystems) deutlich. Der Aufbau eines solchen Systems soll die Struktur der Eigentumsrechte klären, die Rechte und Pflichten definieren und einen Eigentumsschutz erleichtern. Eigentumsrechte verschiedener Formen – so die „Entscheidung“ – müssten entsprechend den gesetzlichen Regeln geschützt werden.

Auch zur Vertiefung der ländlichen Reformen wird in der „Entscheidung“ kein neuer Ansatz deutlich. Allerdings werden bei der Frage der Migration ländlicher Arbeitskräfte und dem Aufbau eines gesamten Arbeitsmarktes die neuen Richtungsentscheidungen der letzten nochmals aufgenommen und die Bedeutung der Arbeitsmigration für die Einkommen der Bauern herausgestrichen.

Weiterhin wird der Frage der Marktorientierung (*shi chang hua*) eine wichtige Position in der „Entscheidung“ eingeräumt. Hierzu wird auch die Entwicklung moderner Formen der Distribution wie E-Commerce gezählt. Ziel ist der Aufbau eines einheitlichen Marktes ohne lokale Barrieren und die Zulassung von Intermediären

in verschiedenen Branchen, die standardisierte Dienstleistungen anbieten. Auch die Entwicklung und Verbesserung selbstregulierender Organisationen wie der Handelskammern, wird als positive Maßnahme aufgeführt.

Weitere Politikbereiche, die die „Entscheidung“ aufgreift, sind die Reform des Fiskal- und Finanzsektors, die außenwirtschaftliche Öffnungspolitik wie die Reform von Wissenschaft und Technologie, Bildung, Kultur und Gesundheit. (BBC EF, 21.10.03) -schü-

SVR Hongkong

27 Protestaktionen gegen Landgewinnung im Hongkonger Hafen

Bereits seit September schwelen und vermehren sich die Proteste gegen die Landgewinnung im Hafen Hongkongs, und zwar genauer: im Victoria-Harbour-Bezirk, d.h. auf der Nordseite von Hong Kong Island. Und sie scheinen sich fast zu einem lokalen Krimi auszuweiten. Winston Chu Ka-sun, Vorsitzender der Gesellschaft für den Schutz des Hafens und pensionierter Anwalt, beobachtete Mitte September Sandaufschüttungen im Victoria-Harbour-Bezirk und drohte der Regierung mit einer gerichtlichen Verfügung, um die Aufschüttungen zu stoppen. Er berief sich dabei auf eine gerichtliche Bestimmung, die besagt, dass die Regierung ein Gesetz missinterpretiert habe, indem sie mit den Aufschüttungen weitermache.

Am 27. September entschied die Regierung, die Landgewinnungsmaßnahmen einstweilen ruhen zu lassen, nachdem o.a. Gesellschaft zwei Tage vorher eine einstweilige Verfügung erwirkt hatte. Am 28. September protestierten mehr als 400 Menschen gegen die Landgewinnung – trotz der Regierungsentscheidung, die Planungen zu stoppen. Chu erwähnte in einem Radiointerview die erfolgreichen Proteste vom Juli gegen das Anti-Subversions-Gesetz (siehe dazu C.a., 2003/8, Ü 25, 2003/7, Ü 29 und 2003/6, Ü 29) und sah sich nun gezwungen, „erneut auf die Straße zu gehen“.

Fast 1.000 Personen fanden sich dann am 5. Oktober zu Protestkundgebungen im Central District zusammen, um die Regierung zum völligen Stopp des Landgewinnungsprojektes zu zwingen. In dem Fall erging am 6. Oktober eine richterliche Entscheidung. Richter Hartmann kam zu dem Schluss, dass die Arbeiten zur Landgewinnung im Central District weitergehen dürfen, und lehnte die Eingabe mit der Begründung ab, dass die Arbeiten in einem sehr frühen Stadium seien und nicht so schnell voranzingegen, wie die Eingabe behauptete. Er gehe konform mit der Ansicht der Regierung, dass keine irreparablen Schädigungen des Hafens zu befürchten seien. Die Arbeiten könnten ohne ökologische Schäden rückgängig gemacht werden, sollte die Regierung dies beabsichtigen. Winston Chu zeigte sich schwer enttäuscht von dieser Entscheidung und forderte die Behörden auf, ein früheres Gerichtsurteil gegen exzessive Landgewinnung zu respektieren.

Am 7. Oktober bot dann die Regierung den Protestlern Gespräche an, um ihre Vorstellungen über den Erhalt des Hafens mit einzubinden. Michael Suen, Sekretär für Wohnungsbau, Planung und Boden, schätzte den täglichen Verlust, der durch die Einstellung der Aufschüttungsarbeiten entstand, auf eine Mio. HK\$ (ca. 128.000 US\$). In den folgenden Tagen unterhielt Suen sich mehrfach mit den Aktivisten. Am 11. Oktober gab dann Winston Chu seinen Vorsitz in der Gesellschaft für den Schutz des Hafens auf, da er und sein Anwalt Drohbriefe erhielten, was Suen am Tag darauf aufs Schärfste verurteilte. Er vermutete, dass die Gesellschaft eingeschüchtert werden solle, um keine Gespräche mehr mit ihm zu führen. Die Polizei wurde in diesen Fall eingeschaltet und neue Vorsitzende der Gesellschaft wurde Christine Loh. Chu verließ Mitte Oktober Hongkong in Richtung London, da er und seine Mutter auch Briefe mit Morddrohungen erhalten haben sollen. Dies veranlasste am 14. Oktober mehrere Aktivistengruppen (die Aktionsgruppe für den Schutz des Hafens, die Gesellschaft für den Schutz des Hafens, SynergyNet und Greenpeace), Vorbereitungen für Demonstrationen am 19. Oktober zu treffen. An diesem Sonntag kamen et-

wa 800 (andere Quellen sprechen von 1.000) Menschen zusammen, die zum Regierungssitz marschierten und dort eine Petitionsliste mit 3.000 Unterschriften überreichten, um so gegen die Landgewinnung in Victoria Harbour zu demonstrieren. Das geplante, 18 ha große Landstück mit der Bezeichnung „Central Reclamation III“ soll dem Bau neuer Straßen im Finanzdistrikt dienen. Die Aktivisten hoffen einerseits, dass der alte Victoria Harbour von den Vereinten Nationen in die Liste des Kulturerbes aufgenommen werden könnte, und beschuldigen andererseits die Regierung, ein verabschiedetes Gesetz zum Schutz des Hafens zu verletzen. Sie wollen sich nicht von den Morddrohungen gegen Winston Chu einschüchtern lassen, von denen laut Quellen nicht bekannt ist, von wem sie stammen könnten, – auch dieses Anliegen wolle man mit der Demonstration ausdrücken.

Mehrere Interessen kommen hier zusammen: umweltpolitische, kulturbehaltende und protestaktivistische seitens der Einwohner und wirtschaftlich-marktpolitische sowie machtdemonstrative seitens der Regierung. Die Bürger Hongkongs sehen sich gestärkt durch den Erfolg der Demonstrationen gegen das Anti-Subversions-Gesetz, die Regierung erhofft sich mehr Kapital aus der Landgewinnung und sieht sich an die strikteren Vorgaben Beijings gebunden. Ob Beijings Wunsch nach mehr politischer Stabilität in Hongkong eine Rolle dafür gespielt hat, dass die Regierung der SVR am 6. November entschieden hat, die Landgewinnungsmaßnahmen – und somit die Proteste – sofort zu stoppen, kann nicht eindeutig gesagt werden. Michael Suen gab bekannt, dass nach seinen Gesprächen mit der Vorsitzenden Christine Loh übereingekommen wurde, Victoria Harbour zu schützen und für die Öffentlichkeit und für Touristen attraktiver zu gestalten sowie nur die geplante Minimalaufschüttung zu Ende zu bringen. Die Bereiche Central-Wan-Chai und Südost-Kowloon seien für die Neulandgewinnung vorläufig ausreichend, der nördliche Küstenstreifen von Hong Kong Island bleibe weiterhin unberührt. (SCMP, 18.9., 14.10.03; RTHK Radio 3 audio web site, 27., 28.9., 5., 6., 7., 8., 11., 12., 19.10.03, nach BBC PF, 28., 29.9.,